

Die Senatorin für Wissenschaft und Häfen

04.09.2020

**Vorlage für einen Umlaufbeschluss des Senats am 09.09.2020**

**„Jacobs University Bremen – Benennung von Aufsichtsratsmitgliedern und Gastrecht für Fraktionen der Bremischen Bürgerschaft im Aufsichtsrat“**

**A. Problem**

Der Senat hat in seiner Sitzung am 30.06.2020 die Auflösung des Trilateralen Vertrages beschlossen und die Senatorin für Wissenschaft und Häfen beauftragt, bis zum November 2020 ein dauerhaft tragfähiges Geschäftsmodell für die Jacobs University Bremen (JUB) zu entwickeln, dass ohne Zuwendungen Dritter auskommt.

Die Auflösungsvereinbarung zum Trilateralen Vertrag ist von der Jacobs Foundation, der Jacobs University und der Senatorin für Wissenschaften und Häfen im Juli abgeschlossen worden.

Die Jacobs Foundation hat sich mit der Auflösungsvereinbarung bereit erklärt, die verbliebenen 63 Mio. CHF aus dem Trilateralen Vertrag als Zuwendung an die JUB zu leisten. Eine erste Teilzahlung in Höhe von 40 Mio. CHF wurde nach Abschluss der Auflösungsvereinbarung an die Jacobs University Bremen überwiesen. Die verbleibende Summe von 23 Mio. CHF wird zum Jahreswechsel 2020/2021 gezahlt.

Eine Arbeitsgruppe, die ein dauerhaft tragfähiges Geschäftsmodell entwickeln soll, hat ihre Arbeit im Juli aufgenommen. Die Arbeitsgruppe setzt sich aus Vertreter\*innen der Jacobs Foundation, Jacobs University Bremen und der Senatorin für Wissenschaft und Häfen zusammen. Die Arbeitsgruppe tagt 14-tägig mit einem festen Arbeitsprogramm. Im Fokus der ersten drei Arbeitstreffen bestand die Analyse des bestehenden Geschäftsmodells insbesondere mit Blick auf die bestehenden Kostenstrukturen.

Senatorin Claudia Schilling ist am 09.07.2020 zur Vorsitzenden des Board of Governors (Aufsichtsrat) der JUB gewählt worden. Entsprechend der Auflösungsvereinbarung zum Trilateralen Vertrag kann die Freie Hansestadt Bremen der Jacobs Foundation drei weitere Mitglieder zur Benennung für das Board of Governors vorschlagen. Die Berufung erfolgt durch die Gesellschafterversammlung der JUB.

## **B. Lösung**

Für die Besetzung der drei Mandate werden vorgeschlagen:

- der Präsident der Leibniz-Gemeinschaft, **Herr Prof. Dr. Matthias Kleiner**,
- der Gründer des MARUM an der Universität Bremen, **Herr Prof. Dr. Gerold Wefer**,
- die Arbeitsdirektorin und Mitglied des Vorstandes der BLG Logistics Group, **Frau Ulrike Riedel**

Diese drei Persönlichkeiten werden in die Arbeit des Aufsichtsrats nachgewiesene Kompetenzen aus dem Bereich des Wissenschaftsmanagements sowie ökonomische bzw. betriebswirtschaftliche Erfahrungen einbringen können.

Angesichts der Bedeutung der JUB für den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Bremen ist es vorgesehen, in die Beratung über das künftige Geschäftsmodell der JUB frühzeitig die Bremische Bürgerschaft einzubinden. Daher soll den Fraktionen der Bremischen Bürgerschaft die Möglichkeit eingeräumt werden, jeweils eine Vertreterin bzw. einen Vertreter zu benennen, die bzw. der mit Gaststatus an den Sitzungen des Aufsichtsrates teilnimmt.

## **C. Alternativen**

Alternativen werden nicht vorgeschlagen.

## **D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung**

Die Berufung der benannten Personen hat keine finanziellen und personalwirtschaftlichen Auswirkungen auf die Haushalte der Freien Hansestadt Bremen.

Die Berufung der benannten Personen führt dazu, dass die insgesamt vier Mandate jeweils mit zwei Frauen und zwei Männern besetzt. Eine darüber hinaus gehende Genderrelevanz ist nicht gegeben.

## **E. Beteiligung und Abstimmung**

Die Vorlage ist mit der Senatskanzlei abgestimmt.

## **F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz**

Die Vorlage ist für eine Veröffentlichung geeignet. Einer Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz steht nichts entgegen.

**G. Beschluss**

1. Der Senat stimmt dem Vorschlag der Senatorin für Wissenschaft und Häfen zu, Herrn Prof. Dr. Matthias Kleiner, Herrn Prof. Dr. Gerold Wefer und Frau Ulrike Riedel als weitere Mitglieder für das Board of Governors der JUB vorzuschlagen.
2. Der Senat stimmt dem Vorschlag der Senatorin für Wissenschaft und Häfen zu, den Fraktionen der Bremischen Bürgerschaft die Möglichkeit einzuräumen, jeweils eine Vertreterin bzw. einen Vertreter zu benennen, die bzw. der mit Gaststatus an den Sitzungen des Aufsichtsrates teilnimmt.
3. Der Senat bitte die Senatorin für Wissenschaft und Häfen in Abstimmung mit den Gesellschaftern der JUB, die vorgeschlagene Benennung für das Board of Governors umzusetzen.